

Sabine Riedel

Katalonien im Brennglas der EU-Krisen

Das Patt nach den Regionalwahlen vom 21.12.2017 ist ein Signal an Europas Reformer

Die Parlamentswahlen haben den schwelenden Sezessionskonflikt nicht lösen können. Dennoch mussten sich die Wähler mit den konträren Konzepten zur Zukunft Kataloniens auseinandersetzen. Im Ergebnis hat sich das Kräfteverhältnis zwischen Anhängern und Gegnern der Unabhängigkeit nur geringfügig verändert, nämlich zugunsten Spaniens. Innerhalb der beiden politischen Lager gab es aber deutliche Verschiebungen. So zeichnet sich ab, dass die Hardliner unter den Separatisten immer weniger Gehör finden, nämlich die „links“-populistische Kandidatur der Volkseinheit (CUP). Dagegen können deren Kritiker umso mehr Wähler überzeugen, je deutlicher sie die bestehende Rechtsordnung verteidigen, in diesem Fall die liberale Cuidadanos/Cuitadans. Diese Partei drängte den spanischen Ministerpräsidenten Mariona Rajoy zum konsequenten Handeln gegen die katalanischen Separatisten. In diesem Beitrag sollen Hintergründe genannt und aufgezeigt werden, wo es in Katalonien Bezüge zur aktuellen Europapolitik gibt. Denn Brüssel interessierte sich bisher fast nur für Spaniens Finanzlage und scheute sich nicht, Stellung zu beziehen und mit Hilfgeldern der EZB Partei zu ergreifen. Die Folgen einer Abspaltung für dessen politische Stabilität werden dagegen gänzlich ausgeblendet. Dabei zeigen sich in Katalonien schon heute die Probleme der EU von morgen: Der Wunsch nach Einführung und Stärkung der Regionalparlamente wird auch in anderen Ländern immer stärker. Gleichzeitig aber verlieren die nationalen Parlamente an Einfluss in der Europapolitik und bleiben die Rechte des EU-Parlaments rudimentär. Diese Defizite werden von keinem Reformplan aufgegriffen, die EU-Spitzenpolitiker derzeit zur Diskussion stellen.

Die jüngsten Parlamentswahlen haben in Katalonien zu einer Art Patt-Situation geführt. Das Lager der drei separatistischen Parteien hat zwei Sitze verloren und nur 47,5 Prozent der Wählerstimmen erreicht (vgl. [El País, 22.12.2017, Abb. 1](#)). Dennoch spricht ihnen das Wahlgesetz 70 von 135 Abgeordnete zu. Dieser knappe Vorsprung von fünf Sitzen reicht für die Bildung einer Regierung. Doch der Weg dorthin ist mühsam: Schon Ende 2015 wurde die Koalitionsbildung vom Streit um die richtige Strategie in Richtung Unabhängigkeit überschattet, so dass Charles Puigdemont Chef einer Minderheitenregierung blieb. Hinter seinem Parteienbündnis JxSí (Zusammen für Ja) standen nur 39,5 Prozent der Wähler.

Obwohl diese Zweckgemeinschaft im Vorfeld der Neuwahlen auseinander ging, erreichten sie zusammen 43,0 Prozent und erhöhten die Zahl ihrer Abgeordneten um vier auf 66. Damit bleiben sie zur Wahl des Ministerpräsidenten auf die dritte separatistische Partei angewiesen, nämlich

auf die Kandidatur der nationalen Einheit (CUP), die Hardliner unter den Separatisten. Sie waren diejenige Kraft, die 2015 den Artur Mas als Ministerpräsidenten verhinderten und Puigdemont als Kompromisskandidat unterstützten. Trotz ihrer jüngsten Verluste von 6 Sitzen ist die CUP mit 4 Abgeordneten das Zünglein an der Waage geblieben. Die Wahlsieger vom 21.12.2017, die Bürgerpartei Cuidadanos/ Cuitadans und ihre Spitzenkandidatin Inés Arrimadas werden es schwer haben. Obwohl sie mit 37 Abgeordneten stärkste Kraft sind, können sie nur mithilfe einer separatistischen Partei einen Ministerpräsidenten durchs Parlament bringen.

Bedeutungsverlust der Parlamente

Auf den ersten Blick scheint die Wahlbeteiligung in Katalonien von 82 Prozent auf keine Krise der parlamentarischen Demokratie hinzudeuten. Beurteilt man diese Frage nach den geweckten Erwartungen, fällt die Antwort anders aus. Die For-

derung nach Unabhängigkeit hat das politische Lager gespalten und seit 2015 in eine Pattsituation manövriert. Die Regierungsbildung ist deshalb schwierig, weil der Separatismus eine Ideologie darstellt, die alle anderen gesellschaftlichen Themen überlagert. Sie eint politische Kräfte, die sich andernorts in der EU als „Erzfeinde“ betrachten: anarchistische, linke, liberale, konservative bis hin zu ethnisch-nationalistischen Strömungen.

Die Ideologie des Separatismus lebt von der Behauptung, es gäbe keine Alternativen zur Unabhängigkeit. Dies rechtfertigt jedweden Widerstand gegen das geltende Rechtssystem und unterstellt dem politischen Gegner Kompromisslosigkeit. Die spanische Zentralregierung hatte jedoch seit 1978 mehrfach einem Ausbau der Autonomierechte zugestimmt. Nur das Thema Unabhängigkeit war stets tabu. Jeder Regierungschef, nicht nur Mariano Rajoy, hätte dieses Stoppschild aufstellen müssen. Im Herbst 2017 ging seine Minderheitenregierung auf die Opposition zu und vereinbarte eine Verfassungsreform unter Einbeziehung aller spanischen Regionen.

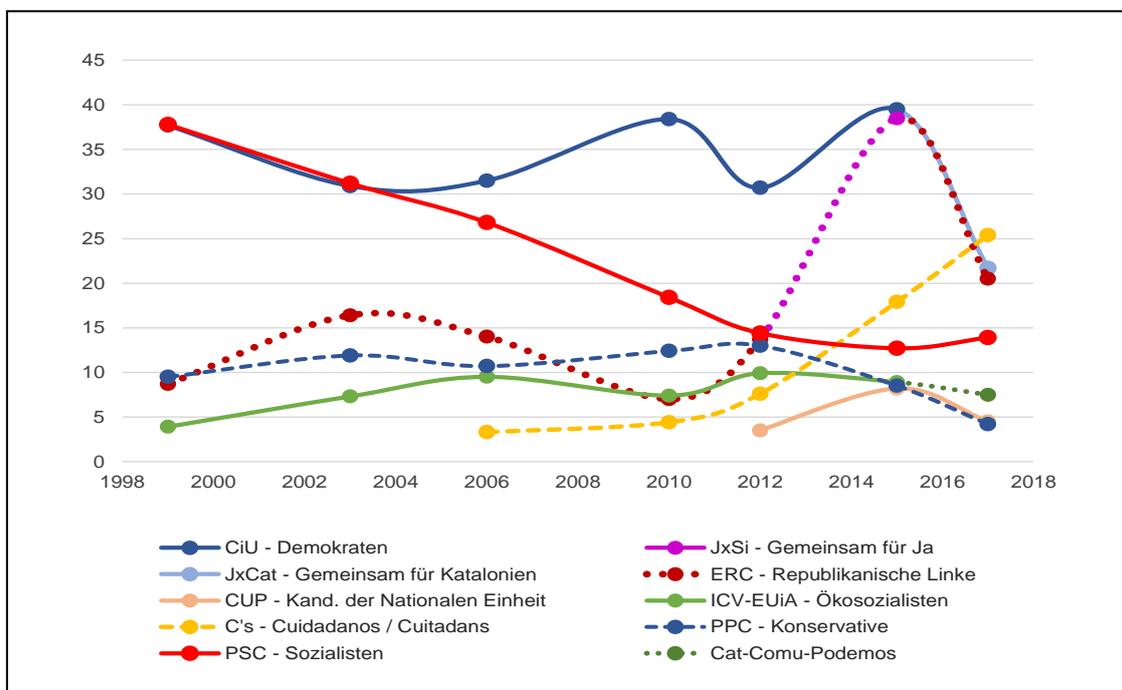
Katalonien ist die einzige autonome Gemeinschaft, die sich bislang diesem Diskursangebot entzieht.

Im Gegensatz zu Madrid hat Puigdemont seine Minderheitenregierung gegen die Opposition in Stellung gebracht, bis auf eine Ausnahme: Die Hardliner der CUP sorgten mit ihren 10 Abgeordneten für eine knappe Mehrheit zugunsten des Referendumsgesetzes (6.9.2017). Sie verabschiedeten es mit nur einer Lesung und missachteten damit die Mitspracherechte der anderen Oppositionsparteien. Nach dem Autonomiestatut (vom 19.7.2006) ist für dessen Reform eigentlich ein Quorum von zwei Drittel der Abgeordneten vorgesehen (vgl. Artikel 222). Trotz dieser unsicheren Rechtslage wurde das strittige Referendum am 1.10.2017 abgehalten und das ungeprüfte Ergebnis von 90 Prozent Zustimmung bei einer Wahlbeteiligung von 49 Prozent für eine Unabhängigkeitserklärung genutzt.

Hinter dieser willkürlichen Auslegung geltender Gesetze steht eine Missachtung der repräsentativen Demokratie. Seit 2009 organisiert die Unabhängigkeitsbewegung lokale Referenden

Abbildung 1:

Ergebnisse der Parlamentswahlen in Katalonien (1999 – 2017) in Prozent



Quelle:

Eigene Zusammenstellung; im Jahre 2015 bildete die JxSi eine gemeinsame Liste aus CiU und ERC (d.h. die blaue Linie der CiU läuft mit der gepunkteten roten Linie der ERC im rosafarbenen Punkt zusammen); in 2017 gingen beide wieder auseinander (JxCat und ERC); die Cat-Comu-Podemós ist keine Nachfolgepartei der ICV-EUiA, sondern profitierte von deren Wählern. vgl. <https://cat.elpais.com/resultats/elecciones/2017/autonomiques/09/index.html> [2.1.2018].

und Massenveranstaltungen, die sie als authentischen Willen des Volkes dargestellt. Sie setzt Mittel der direkten Demokratie in Konkurrenz zu den gewählten Abgeordneten. Um die mediale Aufmerksamkeit zu erhöhen, gründete sie im Jahre 2012 eine Katalanische Nationalversammlung (vgl. [ANC](#)). Deren Präsidentin wurde schließlich im Jahre 2015 Präsidentin des katalanischen Parlaments, um auch symbolisch die Volksvertretung für die eigene Sache in Dienst zu nehmen.

Dieser Aktionismus schwächte das Anliegen, die Demokratien durch Volksentscheide europaweit zu beleben. Katalonien zeigt, dass sich diese Formen der Partizipation zu einem bloßen Machtinstrument entwickeln, wenn sie sich gegen die Parlamente und ihre Vertreter richten. Auf dieses brennende Thema geht keiner der aktuellen Reformpläne der EU ein. Kein namhafter Europapolitiker macht sich derzeit für die Rechte des Europaparlaments stark. Bis heute kann es weder die EU-Kommission wählen noch EU-Gesetze verabschieden. Die 2012 eingeführten EU-weiten Bürgerinitiativen enthalten somit das Risiko, dass die nationalen Volksvertretungen und das EU-Parlament geschwächt statt gestärkt werden.

Schwindende Gewaltenteilung

Ein weiteres Defizit, das die derzeitigen Reformpläne der EU gänzlich ignorieren, ist die fehlende Gewaltenteilung auf der EU-Ebene. So werden z.B. die Richter des Europäischen Gerichtshofs (EUGH) von den Regierungen der Mitgliedstaaten ernannt und lediglich von einem EU-Ausschuss auf ihre Eignung hin geprüft. Auf nationaler Ebene wird die parteipolitische Unabhängigkeit der höchsten Richter dadurch gewährleistet, dass diese von den jeweiligen Parlamenten gewählt werden müssen.

Während diese Praxis zur Berufung von Richtern an den EUGH kaum beanstandet wird, verstärkt die EU-Kommission ihre Kritik am Justizsystem einzelner Mitgliedstaaten. Polen droht sie mit dem Entzug seiner Stimmrechte, weil sie durch dessen jüngste Justizreform die Gewaltenteilung verletzt sieht. Dagegen wurden Bulgarien und Rumänien im Mai 2007 trotz ihrer schwachen Rechtssysteme in die EU aufgenommen. Seither stehen sie unter Beobachtung der EU-Kommission. Im Rahmen eines Kooperations- und Kontrollverfahrens hat Frans Timmermans beiden Ländern erst jüngst Defizite attestiert. Ein Verlust ihrer Stimmrechte droht ihnen aber nicht.

Von Kritik gänzlich verschont geblieben ist bislang Spanien. Die EU-Institutionen halten sich aus dem aktuellen Sezessionskonflikt mit dem Argument heraus, dass der EU-Vertrag jedwede

Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Mitgliedstaates verbiete. Das ist so gesehen richtig. Dennoch wäre spätestens seit 2010 zumindest eine Prüfung des Justizsystems angebracht. Denn die Katalanen beschwerten sich seitdem über das spanische Verfassungsgericht. Sie werfen ihm vor, die Rechte des Autonomiestatuts auf Geheiß der Zentralregierung zu beschneiden. So hätte der EUGH klären müssen, ob diese Vorwürfe Substanz haben. Solange die Urteile der spanischen Justiz rechtstaatlichen Prinzipien entsprechen, gleicht die Fundamentalkritik der Katalanen dem Versuch, selbst politisch Einfluss auf die spanische Justiz zu nehmen. Dies schadet dem Ansehen der Gerichte und stellt letztlich auch die Gewaltenteilung in Frage.

Die EU-Institutionen sind deshalb mitverantwortlich für die Zuspitzung des Sezessionskonflikts in Spanien. Sie haben nicht nur zugeschaut, wie sich seit 2010 einige katalanische Regionalparteien verfassungswidrigen Zielen verschrieben haben. Das EU-Parlament gibt ihnen zudem eine wirksame politische Bühne. So erhielt zum Beispiel die Europäische Freie Allianz (EFA) den Status einer europäischen Partei. Dadurch potenzierte sich der Aktionsradius von Regionalparteien, die eigentlich territorial begrenzte Interessen vertreten. Obwohl die 9 Abgeordneten der EFA im EU-Parlament nur vier Parteien aus den drei Mitgliedstaaten Spanien, Großbritannien und Belgien repräsentieren, sprechen sie im Namen von 38 Organisationen. Eine Prüfung ihrer jeweiligen Parteiprogramme ergibt: Sie alle haben sich der Ideologie des Separatismus verschrieben.

Ein einflussreiches Mitglied dieses europäischen Bündnisses ist die Republikanische Linke Kataloniens (ERC), die Partei des ehemaligen Finanz- und Wirtschaftsministers Oriol Junqueras. Schon vor dem Referendum konnten die beiden EU-Abgeordneten der ERC die EFA für ihre separatistischen Ziele mobilisieren. In einer Deklaration vom 1.4.2017 erklärte sie sich mit dem Unabhängigkeitskurs der katalanischen Regierung solidarisch. Seit der Auflösung des Regionalparlaments bezeichnet dieses Netzwerk Spanien als „neo-Francistischen Staat“ und die inhaftierten Minister als „politische Gefangene“ ([EFA, 2.11.2017](#)). Es setzt damit die spanische Justiz von der europäischen Bühne aus politisch und medial unter Druck. An diesen Einmischungsversuchen nimmt kein Europapolitiker Anstoß.

Unterschätzter „linker“ Populismus

Mit den 9 EFA-Abgeordneten ist auch die Ideologie des Nationalismus ins EU-Parlament eingezogen und gestärkt worden. Die übrigen Abge-

Abbildung 2:

Die „Brüsseler Deklaration“ der Europäischen Freien Allianz (EFA) vom 9.11.2000

„Wir, die Mitglieder der EFA/DPPE, fordern die volle und gerechte Anerkennung der staatenlosen Nationen in der sich entwickelnden Verfassung der Europäischen Union.

Die Prinzipien des demokratischen Nationalismus

[...] Nicht alle heutigen europäischen Staaten sind »Nationen«. Einige sind zusammengesetzte Einheiten aus mehreren Nationen. Diese inneren Nationen werden manchmal als staatenlose Nationen bezeichnet (oder als Teilnationen und Nationalitäten, föderale Staaten, autonome Gemeinschaften, Regionen).

Die EFA-DPPE vereint politische Parteien, die sich an der Suche nach einer stärkeren Selbstverwaltung für unsere staatenlosen Nationen beteiligen. [...]

Geteilte Souveränität

EFA-DPPE argumentiert, dass staatenlose Nationen das Recht auf Selbstverwaltung und Teilnahme an der Welt und in der Europäischen Union auf Augenhöhe mit anderen Nationalitäten haben. [...]

Es ist notwendig, dass die Staaten und die Europäische Union die Existenz der staatenlosen Nationen ausdrücklich anerkennt. [...]

Die direkte Präsenz in Europa

Die direkte Präsenz staatenloser Nationen in den Institutionen der EU ist völlig nachvollziehbar und rechtmäßig. Es ist notwendig, die Mechanismen zu prüfen und verbindlich zu machen, die eine solche Präsenz im [Europäischen] Rat und im Ausschuss der ständigen Vertretung [...] ermöglichen [...].

Die EFA/DPPE betont auch, dass alle Staaten unabhängig von ihrer Größe das Recht erhalten sollten, einen Kommissar zu benennen.“

Quelle:

European Free Alliance, *Declaration of Brussels of 9 November 2000* [Übersetzung: S.R.], http://www.e-fa.org/fileadmin/user_upload/documents/3.4.3.5_Other_EFA_texts_Declaration_of_Brussels_of_9_November_2000_ENG.pdf [2.1.2018].

ordneten haben versäumt zu geprüft, was hinter dem „demokratischen Nationalismus“ tatsächlich steht, bevor sie die EFA im Jahre 2004 als europäische Partei anerkannten. Dieser Ausdruck stand im Mittelpunkt ihrer Brüsseler Deklaration vom 9.11.2000. Er überträgt die Gewaltenteilung von der politisch-rechtlichen auf die kulturelle Ebene. Die sprachliche Diversität und nicht die historisch gewachsenen Grenzen sollen künftig

über die Machtverteilung innerhalb der EU entscheiden. Voraussetzung für das neue „power sharing“ sei die politische Aufwertung und Anerkennung aller Sprachgemeinschaften oder Regionen innerhalb der Mitgliedstaaten als eigene Nationen (vgl. Abb. 2). Genau um diese Forderung dreht sich der Konflikt zwischen Katalonien und der spanischen Zentralregierung. Sie ist von europäischer Relevanz, weil sie nicht nur die Existenz Spaniens, sondern die aller großer EU-Mitgliedstaaten in Frage stellt. Auf nationalstaatlicher Ebene gleicht das einem Verfassungsbruch.

Auch wenn die EFA in jüngerer Zeit den Begriff „demokratischer Nationalismus“ meidet, so ändert das nichts an ihrer nationalistischen Orientierung: Sie deuten die politischen Willensnationen der EU-Mitgliedstaaten in kulturell-sprachliche Nationen um und spalten sie entlang dieser Differenzen auf. Sie fordern in ihren Deklarationen Territorialautonomien, so etwa für Schlesien in Polen (31.3.2017) und für Ungarn in Rumänien (1.4.2017), oder den Ausbau bestehender Autonomierechte, wie für die Friesen in den Niederlanden (1.9.2017) oder die Korsen in Frankreich (11.12.2017). Katalonien zeigt exemplarisch, wie die EFA schließlich Autonomieregelungen politisch instrumentalisiert: Sie erhöht solange den Druck auf die Zentralregierungen, bis sie einer Eigenstaatlichkeit zustimmen. Im Falle Spaniens verlangen sie sogar Sanktionen wie dessen Ausschluss aus der EU nach Artikel 7 des EU-Vertrags (EFA, 1.10.2017).

Das Parteienbündnis separatistischer Parteien deutet auf eine weitere Tendenz hin: Die Ideologie des Nationalismus ist nicht nur bei konservativen Parteien anzutreffen, wie es der in Mode gekommene Ausdruck „Rechtspopulismus“ vermutet. Die EFA findet mit ihrem Programm eines „demokratischen Nationalismus“ Unterstützung bei den europäischen Grünen. Beide politische Strömungen arbeiten seit Jahren im EU-Parlament in einer Fraktion zusammen (vgl. ausführlicher: www.greens-efa.eu/de).

Auch linke und anarchistisch ausgerichtete Gruppierungen bedienen sich des Nationalismus, so die erwähnte CUP, Mehrheitsbeschaffer im katalanischen Parlament für eine Unabhängigkeit. Im Namen Candidatura d'Unitat Popular führt sie das Wort „populär“ im Sinne von „Volk-, national“. Diese Bedeutung kommt in ihrem „Projekt der nationalen Einheit“ zum Ausdruck. Es beinhaltet u.a. „die Verteidigung der sprachlichen und nationalen Identität“ (*Què és la CUP?*, 2.2.2017). Damit werden politische Willensnationen mit Sprachgemeinschaften und nationale Interessen mit nationalistischen Ideologien gleichgesetzt.

Der Unterschied zwischen nationalen Interessen und nationalistischen Ideologien ist deutlich auf einer politischen Karte der CUP zu erkennen. Darauf sind alle „katalanischen Länder“ verzeichnet, die in den fiktiven Einigungsprozess einbezogen werden sollen. Weil sprachliche und nationale Identität als Einheit gesehen werden, soll der neue Staat neben dem eigentlichen Katalonien auch benachbarte autonome Gemeinschaften Spaniens umfassen, nämlich Teile Aragoniens und Murcias sowie die Valencia und die Balearen (vgl. Abb. 4, S. 6). Deren Regionalsprachen stehen dem Katalanischen nahe und werden deshalb auch von dieser regionalen Amtssprache vereinnahmt. Aus demselben Grund greift der katalanische Nationalismus nach den südfranzösischen Pyrenäen und nach Andorra, die als Nordkatalonien bezeichnet werden.

Katalonien ist schließlich ein Beispiel dafür, wie Parteigrenzen allmählich erodieren, selbst zwischen „rechten“ und „linken“ Populisten: So verfolgen alle drei katalanischen Parteien, die auf eine Unabhängigkeit hinarbeiten, eine Politik der Antidiskriminierung gegenüber Minderheiten und Migranten. So kämpft die katalanische Regionalregierung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (Immigration 2015: 79). Dennoch suchte Ministerpräsident Puigdemont Zuflucht bei einer belgisch-flämischen Partei, die dem EFA-Netzwerk angehört aber ebenso in ein rechtskonservatives oder „rechtspopulistisches“ Partei-

enspektrum passt. Denn sie sagt von sich: „Die N-VA ist eine flämische nationalistische Partei.“ (NVA, Ideologie, 2018). Einerseits gehören ihre vier Abgeordneten im Europaparlament der Grünen-Fraktion an. Andererseits stellt die N-VA in Belgien zusammen mit Christdemokraten und Liberalen die föderale Regierung. Dort setzt sich ihr Staatssekretär für Asyl und Migration Theo Francken für stärkere Grenzkontrollen und die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber ein.

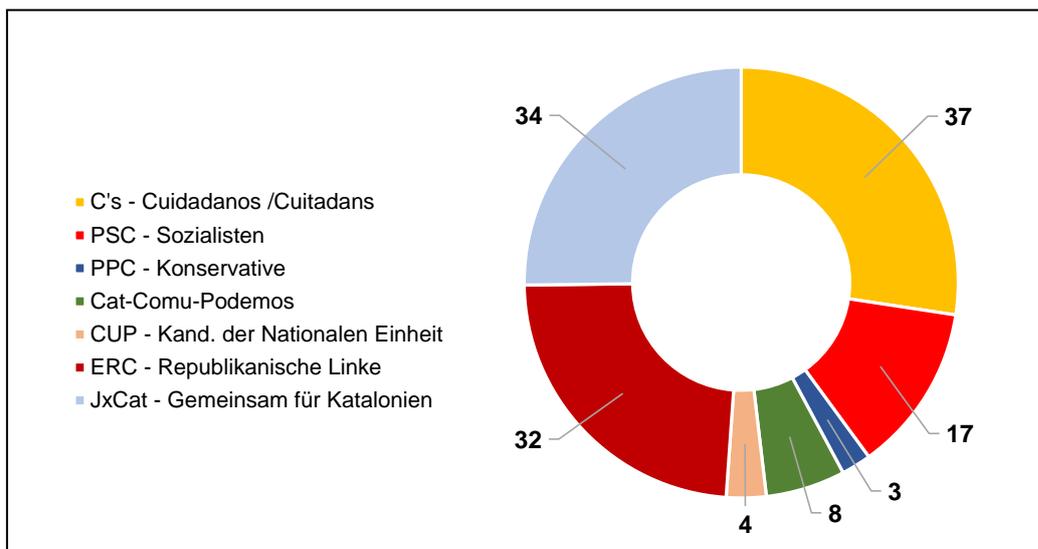
Der Opfermythos des Separatismus

Der Präsident der Europäischen Linken Katalonien (ERC), Oriol Junqueras, hat sich im Gegensatz zu Puigdemont seiner Verhaftung demonstrativ nicht entzogen. Der von Madrid abgesetzte katalanische Finanz- und Wirtschaftsminister vertraut auf die Unterstützung aus Brüssel. Dort fordert die EFA die Freilassung aller inhaftierten Minister, vor allem nach ihren Erfolgen bei den Neuwahlen vom 21.12.2017. Medial profitierten sie vom Opfermythos und vom Bild eines unterdrückten, jedoch friedlichen Widerstandes gegen die spanische Zentralregierung.

Doch dieser Eindruck täuscht, schaut man sich die Kultur- und Sprachpolitik der katalanischen Regionalregierung genauer an. Seit dem ersten Autonomiestatut im Jahre 1978 gewährt der spanische Zentralstaat den Katalanen die Rekonstruktion und Entwicklung ihrer Sprache und Kultur, die in der Franco-Diktatur existentiell bedroht

Abbildung 3:

Sitzverteilung im katalanischen Parlament nach den Wahlen vom 21.12.2017



Quelle:

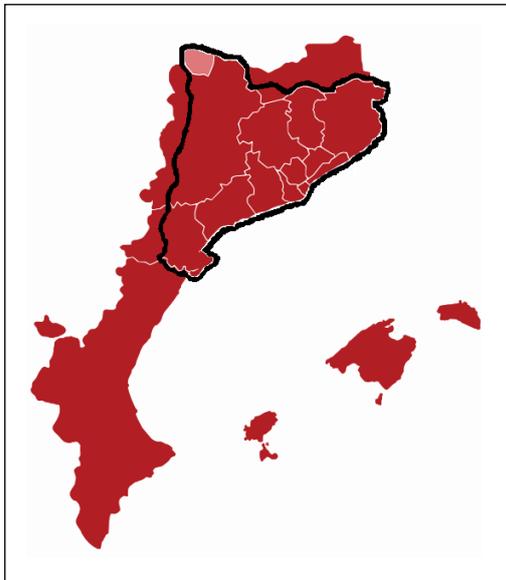
Eigene Zusammenstellung; Sitze insgesamt: 135; die Farben wurden in etwa nach der politischen Ausrichtung (links, mitte-liberal, rechts) der Parteien vergeben; die drei separatistischen Parteien sind JxCat, ERC und CUP (linke Seite); vgl. <https://cat.elpais.com/resultats/elecciones/2017/autonomiques/09/index.html> [2.1.2018].

war. Der Anteil derjenigen, die das Katalanische schreiben können, stieg mit Beginn der Demokratisierung Spaniens im Jahre 1975 von 14,5 Prozent auf 68,5 Prozent im Jahre 2012 (Riedel 2014: 16). Ziel dieser Kulturpolitik war die Mehrsprachigkeit der katalanischen Bevölkerung.

Doch dieser praktizierte Bilinguismus wurde unter dem Einfluss des katalanischen Nationalismus zunehmend in Frage gestellt. Heute dominiert das Katalanische im öffentlichen Bildungssystem, obwohl die Verfassung das Spanische bzw. Kastilische als zweite Amtssprache vorschreibt. Die Sprachpolitik der verschiedenen Regionalregierungen hat das Spanische mittlerweile auf den Platz einer Fremdsprache wie Englisch und Französisch verdrängt. So bleibt den Katalanen nur der Rechtsweg, um für sich und ihre Kinder einen ausreichenden Spanischunterricht zu erstreiten. Dabei ist jüngsten Umfragen zufolge für 48 Prozent der Bevölkerung Kataloniens Spanisch die Muttersprache und nur für 43 Prozent das Katalanische (El País, 28.10.2017). Diejenigen, die ihr Recht auf einen ausreichenden Spanisch-Unterricht einfordern, setzen sich einem zunehmenden Druck und einer gesellschaftlichen Ächtung aus (Die Zeit, 20.12.2017).

Abbildung 4:

Die „geteilte“ katalanische Nation nach Lesart von CUP und ERC



Quelle:

Kandidatur der nationalen Einheit, *Die katalanischen Länder* [CUP, Übersetzung: S.R., hinzugefügt wurde die aktuelle Verwaltungsgrenze Kataloniens in Schwarz], <http://cup.cat/participa> [2.1.2018].

Diese Politik der Intoleranz gegenüber spanischen Muttersprachlern hat bereits eine gesellschaftliche Desintegration in Gang gesetzt. Sie beginnt in der Schule, wo die Zahl der Abbrecher stetig steigt und setzt sich im Berufs- und Geschäftsleben fort. In nahezu allen Lebensbereichen ist die Sprachenpolitik zu einem Zankapfel geworden. Der offen ausgetragene Kulturkampf zerstört die in den letzten Jahrzehnten gewachsene Mehrsprachigkeit und facht immer wieder den Streit um eine gerechte Quotenverteilung zwischen beiden Amtssprachen an.

Vor diesem kulturpolitischen Hintergrund erscheint die Forderung nach Unabhängigkeit in einem ganz anderen Licht. So haben über 170 katalanische Sprachwissenschaftler im Frühjahr 2016 ein Manifest zur „Sprachstandardisierung für ein unabhängiges Katalonien“ verabschiedet (Manifest 2016, vgl. Abb. 5). Darin bezeichnen sie die Zweisprachigkeit als eine linguistische Ideologie zur Aufrechterhaltung der spanischen Herrschaft über Katalonien und fordern deren Abschaffung. Ihr Forderungskatalog hatte bereits eine parlamentarische Debatte hervorgerufen, in der sich prominente katalanische Regierungsvertreter unterstützend hinter das Manifest stellten.

Der Riss zwischen der katalanisch- und spanischsprachigen Bevölkerung vollzieht sich nicht nur in den Köpfen, sondern drückt sich auch auf territorialer Ebene aus. So spricht die Bevölkerung in der Landesmetropole Barcelona und in den angrenzenden Küstengebieten überwiegend Spanisch, während im ländlich geprägten Raum die katalanischen Muttersprachler in der Mehrheit sind. Was anfangs als Satire gemeint war, nämlich die Abspaltung der städtischen Bevölkerung als fiktive Region „Tarbania“, entwickelt sich derzeit zu einem denkbaren Zukunftsszenario. Es verdeutlicht, dass der Separatismus nicht nur eine Ideologie ist, die unverhofft Menschen entzweit, die zuvor friedlich zusammenlebten. Sie sorgt mit ihrer unvorhersehbaren Folgewirkung auch für politische Instabilität.

Die Katalanen sind daher nicht Opfer der Geschichte, sondern greifen aktiv ins Zeitgeschehen ein. Dies zeigt sich auch daran, wie der Bevölkerung in den benachbarten spanischen Regionen eine katalanische Identität aufgenötigt wird. Deren historische und sprachliche Traditionen werden übergangen und behauptet, ihre Dialekte seien Varianten des Katalanischen. Die Vereinigung der Valencianer und Balearici für die katalanische Nation stößt zumindest in Valencia auf wenig Gegenliebe. Es legt besonderen Wert auf die eigenen Regionalsprachen und sein gutes Verhältnis zum Zentralstaat.

Abbildung 5:

Universität von Barcelona: Das Sprachenmanifest vom 31.3.2016

„[...] 2. Wir verurteilen die politische Ideologie der sogenannten ‚Zweisprachigkeit‘, die seit 1978 der gesamten katalanischen Bevölkerung in allen Lebensbereichen eingeflößt wird. Sie wurde durch die Verfassung und das Autonomiestatut etabliert und rechtfertigt die Koexistenz zweier Sprachen in Katalonien [...], die als gleichberechtigt und als eine natürliche, positive, bereichernde und demokratische Tatsache dargestellt wird. [...] In Wirklichkeit ist diese Ideologie der Zweisprachigkeit nichts anderes als eine Art der Verschleierung und Legitimierung der Unterordnung einer Sprache unter die andere und des damit einhergehenden Prozesses der Sprachverdrängung, unter der die katalanische Gesellschaft leidet. [...]“

Quelle: Manifest, *Per un veritable procés de normalització lingüística a la Catalunya independent*, [Für einen echten Prozess der Sprach-Standardisierung im unabhängigen Katalonien; eigene Übersetzung], Barcelona, 31.3.2016. [2.1.2018].

Eigennützige Solidarität mit Europa

Für den katalanischen Nationalismus sind weder die innerspanischen Verwaltungsgrenzen noch die aktuellen Staatsgrenzen tabu. Denn wie bereits oben erwähnt, greift er – gestützt auf linguistische Argumente – nach den südfranzösischen Pyrénées und Andorra (vgl. Abb. 4). Aus diesem Grund wird ein unabhängiges Katalonien in jedem Fall mit latenten Grenzkonflikten geboren, die in die EU Unfrieden hineinbringen. Um dieses Problem zu kaschieren, betonen die Vertreter der Unabhängigkeitsbewegung stets ihre pro-europäische Orientierung. Dies betrifft vor allem auf Puigdemonts Bündnis JxCat und Junqueras ECR zu. Dagegen schlägt die CUP, also die Hardliner unter den Separatisten, EU-kritische Töne an.

Die Infragestellung bestehender Staatsgrenzen, eine Kernforderung aller nationalistischen Ideologien, wurde auf europäischer Ebene bislang nicht als ein neues Konfliktpotential erkannt. Dabei zeigt der Fall Kataloniens in aller Deutlichkeit, wohin die Reise gehen kann. Ein Grund für die unterschätzte Wirkung des katalanischen Nationalismus ist der wachsende Bedeutungsverlust der nationalstaatlichen Grenzen innerhalb der EU. Eine Verharmlosung separatistischer Bewegungen ist insbesondere unter den Anhängern des Modells der Vereinigten Staaten von Europa zu beobachten. Sie sehen offenbar in den Separatisten Bündnispartner, da auch sie die bestehenden nationalstaatlichen Grenzen in Frage

stellen. Die einen streben einen Staat auf regionaler, die anderen auf europäischer Ebene an.

Doch bevor sich die EU zu einem Gesamtstaat entwickeln kann, müsste vieles geschehen: Der Ausschuss der Regionen (AdR) wäre dann zwar eine Art zweite Kammer mit den Regionen als interne Verwaltungsgrenzen. Doch die gemeinsame Staatlichkeit setzt voraus, dass Katalanen, Basken, Flamen, Nordiren, Schotten und andere regionale Akteure ihre Unabhängigkeitsforderungen aufgeben. Diese wären nicht mehr zu realisieren, weil in dem neuen europäischen Staat allein die Unionsbürger den politischen Souverän repräsentieren würden. Auch das geltende Völkerrecht verlangt die Existenz eines Staatsvolkes für die angestrebte internationale Anerkennung eines solchen Staates. Von den Europapolitikern, die mit ihren derzeitigen Reformvorschlägen die Bildung eines gesamteuropäischen Staates anstreben, wäre daher eine deutliche Warnung an die Adresse Barcelonas zu erwarten. Doch die ist zurzeit nirgendwo zu vernehmen. So lehnt der französische Staatspräsident Emmanuel Macron eine Stellungnahme ebenso ab wie der ehemalige Präsident des EU-Parlaments Martin Schulz. Mit dem Argument, sie wollten sich nicht in die inneren Angelegenheiten Spaniens einmischen, weichen sie dieser wichtigen Zukunftsfrage aus.

Dabei steht Frankreich vor ähnlichen Problemen, schließlich fordern auch seine Regionen mehr Mitspracherechte. Wäre Paris etwa dazu bereit, landesweit Autonomiestatute nach dem Vorbild Spaniens einzuführen oder das föderale System aus Deutschland oder Österreich zu übernehmen? Dies wäre im Zuge einer europäischen Staatsbildung relevant, um die Verwaltungsstrukturen zu vereinheitlichen. Die EU-Reformpläne Macrons treffen dazu keinerlei Aussagen. Sie verdrängen die Realität, dass neben Spanien und dem Vereinigten Königreich auch auf andere EU-Mitglieder Sezessionskonflikte zukommen und deshalb ein Erfahrungsaustausch über die Regionalpolitiken dringend nötig wäre.

Selbst von Seiten der separatistischen Bewegungen kommen keine praktikablen Vorschläge für eine EU-Reform. So streben die pro-europäischen Parteien der EFA zuallererst danach, einen eigenen Kommissar nach Brüssel zu entsenden und am Tisch des Europäischen Rats der Staats- und Regierungschefs Platz zu nehmen. Dabei bleiben sie die Erklärung dafür schuldig, wie eine EU mit über 60 Kommissaren oder Ratsmitgliedern regiert werden kann. Diese Zahl ergibt sich aus den aktuell noch 28 EU-Mitgliedern und den Mitgliedsorganisationen der EFA, die allesamt einen eigenen Staat fordern.

So liegt die Vermutung nahe, dass die pro-europäische Orientierung der Separatisten nicht programmatisch, sondern als Strategie zu verstehen ist, um eine wirksame Unterstützung für die ersehnte Eigenstaatlichkeit zu bekommen. Bedenkt man allerdings, dass die Europäische Integration ursprünglich angestoßen wurde, den Frieden in Europa zu erhalten, entpuppt sich der Separatismus als trojanisches Pferd. Es winkt mit schillernden Begriffen wie nationale Souveränität, Demokratie und Partizipation und meint in Wahrheit das genaue Gegenteil: Missgunst und Streit um Nationsangehörige und territoriale Grenzen.

Betrachtet man schließlich die wirtschaftliche und finanzielle Dimension des Separatismus, stößt man auf noch größere Widersprüche und Ungereimtheiten. Diese sollten vor allem die Netozahler der EU kritisch hinterfragen. Denn sämtliche Regionen, die nach Unabhängigkeit streben, können trotz ihrer wirtschaftlichen Stärke die Eigenstaatlichkeit nicht aus eigener Kraft finanzieren. Sie wären auf die Solidarität anderer EU-Mitglieder angewiesen. Gleichzeitig würde eine politische Trennung die zurückgelassenen Nationalstaaten in größte Schwierigkeiten bringen, wenn nicht sogar in den finanziellen Ruin treiben (Riedel 2017). Wer wird diese auffangen, wenn nicht die übrige EU? Schon aus diesem Grund können territoriale Abspaltungen von Spanien und anderen EU-Mitgliedern nicht im Interesse der Europäer liegen.

Die aktuellen Debatten um eine Reform der EU gehen ganz offensichtlich an den aktuellen Herausforderungen vorbei. Der stärker werdende Separatismus zeigt, dass die bisherigen Pläne für einen gemeinsamen europäischen Staat konzeptionell nicht ausgereift sind. Die Befürworter eines Vereinten Europas geben noch nicht einmal zu, dass mit den Sezessionskonflikten auf die EU-Mitgliedstaaten große existenzielle Probleme zukommen. Deshalb setzen sie sich nicht mit der dahinter stehenden Ideologie des Nationalismus auseinander, der die Staatsgrenzen in Europa zur Disposition stellt. Vielmehr werfen sie allein jenen Staaten ein „nationalistisches“ Verhalten vor, die sich einer Abtretung weiterer Kompetenzen an Brüssel widersetzen. Dabei wäre es dringend geboten, die Unterschiede zwischen der nationalistischen Ideologie und nationalstaatlicher Interessen herauszuarbeiten. Schließlich bilden die Mitgliedstaaten der EU mit ihren nationalen und regionalen Parlamenten das demokratische Rückgrat der Europäischen Integration.

Quellen und weitere Literatur (mit links):

- ANC**, Assemblea Nacional Catalana [Katalanische Nationalversammlung], Barcelona, mit einer [Vertretung in Deutschland](#).
- Autonomiestatut**, Grundgesetz 6/2006 vom 19. Juli zur Novellierung des Autonomiestatuts von Katalonien.
- CUP**, [Candidatura d'Unitat Popular, Què és la CUP?](#) [Kandidatur der nationalen Einheit: Was ist die CUP?], Barcelona.
- Die Zeit**, Ulrich Ladurner, „Morgen, Kinder, sprecht ihr Katalanisch“, in: *Die Zeit*, 20.12.2017, S. 9.
- EFA**, European Free Alliance, 2.11.2017: *Neo-Francoist state jails another 8 European political prisoners: Catalonia deserves freedom!*, Brussels.
- EFA**, European Free Alliance, 1.10.2017: *EFA requests international sanctions against Spain*, Brussels.
- EFA**, [Declaration of Brussels of 9 November 2000](#), Brüssel [2.1.2018].
- El País**, [Eleccions catalanes 2017](#) [Wahlen in Katalonien], Madrid.
- El País**, „La construcción de un conflicto identitario [Die Konstruktion eines Identitätskonflikts]“, in: *El País*, 28.10.2017.
- Immigration**, Generalitat de Catalunya, [Report on the integration of immigrants in Catalonia 2015](#), Barcelona, 2016.
- Manifest**, [Per un veritable procés de normalització lingüística a la Catalunya independent](#), [Für einen echten Prozess der Sprach-Standardisierung im unabhängigen Katalonien], Barcelona, 31.3.2016.
- N-VA**, Nieuw-Vlaamse Alliantie [Neue Flämische Allianz], [Ideologie und Zweck der N-VA](#), Barcelona, 2016
- Riedel**, Sabine, „Katalonien und andere Separatisten. Reiche wollen unter sich bleiben“, in: *Taz.de*, 6.10.2017.
- Riedel**, Sabine, „Katalonien und die Unabhängigkeit. Inkonsistente Strategie“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 22.9.2017, S. 10.
- Riedel**, Sabine, [Föderalismus statt Separatismus. Politische Instrumente zur Lösung von Sezessionskonflikten in Europa](#), SWP-Studien 2016/S 05.
- Riedel**, Sabine, [Die Befragung zur Unabhängigkeit Kataloniens \(9.11.2014\). Ergebnisse, Hintergründe und Herausforderungen für Europa](#), SWP-Arbeitspapier 2014/3.
- Riedel**, [Regionaler Nationalismus. Aktuelle Gefahren für die Europäische Integration](#), SWP-Studien 2006/S 05.